Luzerner Tagblatt.

— Abonnementspreise: —

	Jährlich	6 Monate	3 Monate
Durch die Post bestellt	Fr. 12. 80	Fr. 6. 40	Fr. 3. 40
Für Luzern zum Bringen	„ 12. —	„ 6 —	„ 3. —
„ „ „ Abholen	„ 10. —	„ 5 —	„ 2. 50

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditions-Bureau: St. Jakobsvorstadt Nr. 11
Filiale der Expedition am Kornmarkt.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

№ 148.

— Insertionspreise: —
Für Stadt und Kanton Luzern und die am Kopf der Inserateutitäten genannten Kantone
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum . . . 10 Cts.
Wiederholungen . . . . . 8 „
Für die übrige Schweiz und das Ausland:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Cts., Wiederholungen 10 Cts.
Preis der Reklame-Zeile (Petit-Schrift): 50 Cts.
Inserat-Annahme (größere bis 9 Uhr, kleinere bis 10½ Uhr) in den Expeditions-Bureau St. Jakobsvorstadt und Filiale Kornmarkt.

Dienstag, Gratis-Beilagen { Jeden Freitag die belletristische Beilage „Wöchentliche Unterhaltungen“ / Alle vierzehn Tage das „Haushaltungsblatt“, Gemeinnützige Blätter. } Gratis-Beilagen 27. Juni 1893.

Erstes Blatt.

Inhalt des zweiten Blattes: Der schweizerische Landsturm (Schluß). — Eidgenossenschaft. — Ausland.

Luzerner Geschichtskalender.

26. Juni.

1529. Der erste Landfriede kam zustande.

1693. Muralt von Zürich und Fischer von Bern erhalten von Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug auf 30 Jahre die ausschließliche Konzession, den innern Postdienst, namentlich über den Gotthard, zu besorgen. (Wöchentlich zweimalige Spedition der Briefe von Bern, Basel, Zürich 2c. nach Mailand. Taxe für einen Brief von Luzern nach Mailand: 1 Batzen.) Erster regelmäßiger Postdienst in unsern Gegenden.

27. Juni.

1760. Auf die Anzeige des Landammanns und Landrats von Uri (vom 4. Juni), „daß man sich so weit erfrechet, allerhand unflätige Sachen gegen unsern ruhmwürdigen Standsvorfahrer und ersten Freiheitsvater Wilhelm Tell durch öffentlichen Druck in deutscher und französischer Sprache, betitelt Guillaume Tell fable Danoise, dem Publikum vor Augen zu legen“, teilt der Rat von Luzern der Regierung von Uri mit, daß er die Verbreitung der „höchstschmpflichen Exemplaria“ in seinem Gebiete nicht dulden werde.

1798. Die französischen Kommissäre schicken 143,755 Gulden 28 Schill., welche sie der Luzerner Staatskasse entnommen hatten, ins Hauptquartier in Bern.

Die deutschen Reichstagswahlen.

Bei den Stichwahlen drehte sich der Kampf, zum Unterschied vom ersten Wahlgang, lediglich um die Militärvorlage; am 15. Juni war diese etwas in den Hintergrund getreten; die Rücksicht auf das künftige Regierungssystem überhaupt gab damals in den meisten Wahlkreisen den Ausschlag. Was viele erwartet hatten, den Zusammenschluß der sogenannten Ordnungsparteien gegenüber der Sozialdemokratie, trat nicht ein. In einigen Kreisen wurden die Sozialdemokraten vom Zentrum, wenigstens indirekt durch Wahlenthaltung, in andern vom Richterschen Freisinn unterstützt. Letzterm war es vor allem darum zu tun, daß entschiedene Gegner der Militärvorlage gewählt werden, von denen mit Sicherheit anzunehmen, daß sie sich zu keinem Kompromiß herbeilassen würden.

Ueber die Stellung des Zentrums zur Sozialdemokratie lesen wir in der ultramontanen „Köln. Volksztg.“ unter anderm: „Daß durch die Stimmenthaltung der Katholiken da und dort ein Sozialist den Sieg erringt, mag zu beklagen sein; aber die Katholiken können es nicht ändern. Sie haben noch größere Interessen zu vertreten, als durch die Wahl eines Sozialdemokraten vorläufig gefährdet werden zu können. Ein Kulturkämpfer ist z. Zt. im Reichstage gefährlicher als ein Sozialdemokrat, weil die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß eine von kulturkämpferischem Geiste geleitete Mehrheit zu stande käme. Es ist eine etwas starke Zumutung an einen Katholiken, gegen einen Sozialdemokraten, der für Aufhebung des Jesuitengesetzes ist, zu stimmen, damit ein Nationalliberaler, der dagegen ist, durchkäme.“ Uebrigens hat jede Partei einigen Anteil an dem „Kuhhandel“, der, wie das zitierte Blatt sagt, anläßlich der Stichwahlen getrieben wurde.

Was den Ausgang der Wahlschlacht betrifft, so gibt selbst die „Frankf. Ztg.“, die in den vordersten Reihen der Gegner der Militärvorlage stand, zu, es sei Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß der Reichstag eine Mehrheit für die Militärvorlage haben werde.

Ueberraschungen haben auch die Stichwahlen gebracht: Bebel ist in Straßburg gewählt worden. Zum ersten Mal nimmt ein Nichtelsäßer Besitz von diesem Mandat, das 1887 aus den Händen der Protestpartei an die Nationalliberalen übergegangen war. Stöcker ist nicht mehr gewählt. Essen, die alte Burg des Zentrums, ist nach heißem Kampfe gefallen und Krupp gewählt worden.

Die Sozialisten sind nunmehr Herren der Reichshauptstadt; sie haben dort drei Sitze gewonnen, die seit 1866 fortschrittlich vertreten waren. Drei der besten freisinnigen Männer, Virchow, Munckel und Baumbach, sind unterlegen. Doch hat die Sozialdemokratie auch Verluste aufzuweisen: Halle und Mannheim.

Die Antisemiten haben verschiedene Erfolge aufzuweisen, namentlich in Sachsen und vornehmlich auf Kosten der Konservativen. Zuwachs haben auch die Nationalliberalen gewonnen.

Für die Richterschen Freisinnigen, die mit nichts in die Stichwahlen gingen, ist die Sache schließlich besser ausgefallen, als erwartet wurde. Es werden ihnen wohl 18 Mandate zufallen; auch die freisinnige Vereinigung hat 12 Sitze in Aussicht.

Die Konservativen haben ihren Besitzstand so ziemlich gewahrt.

☛ Ueber die Abstimmungsresultate sind uns folgende Telegramme zugegangen:

s **Berlin**, 26., vorm. 10 Uhr. Bisher sind bekannt: 129 Stichwahlen, davon 19 Konservative, 7 Reichspartei, 27 Nationalliberale, 8 freisinnige Vereinigung, 19 freisinnige Volkspartei, 6 süddeutsche Volkspartei, 8 Zentrum, 4 Polen, 8 Antisemiten, 19 Sozialdemokraten, 4 Welfen.

w **Berlin**, 26., vorm. 11 Uhr. Bekannt sind 133 Stichwahlen. Es sind im ganzen gewählt: 67 Konservative, 43 Nationalliberale, 89 Zentrum, 19 Reichspartei, 17 freisinnige Volkspartei, 12 freisinnige Vereinigung, 13 Antisemiten, 16 Polen, 10 süddeutsche Volkspartei, 44 Sozialdemokraten, 7 Wilde, 9 Elsäßer, 1 Däne. Die Stichwahlen ergaben bisher folgende Resultate: 21 Konservative, 8 Reichspartei, 25 Nationalliberale, 8 freisinnige Vereinigung, 17 freisinnige Volkspartei, 6 süddeutsche Volkspartei, 9 Zentrum, 3 Polen, 9 Antisemiten, 20 Sozialdemokraten.

Ueber die am 4. Juli beginnende Reichstagssession steht bis jetzt nur fest, daß der Kaiser sie mit einer Tronrede eröffnen wird, auf deren Inhalt man unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr als sonst gespannt ist, und daß dem Reichstage sofort die Militärvorlage, wenn auch nicht ganz in der Form, so doch inhaltlich mit dem Antrage Hume übereinstimmend, zugeht. Weitere Beschlüsse über die Reichstagssession sind noch nicht gefaßt. Die Regierung würde gern auch die Erledigung des Reichs-Seuchengesetzes sehen; ob aber dieses oder gar noch andere Vorlagen dem Reichstage in dieser Sommersession zugehen, hängt von der Zeit ab, die er zur Erledigung der Militärvorlage braucht. Ergeben die Wahlen eine sichere Mehrheit für die Vorlage, so wird die Session nur wenige Tage dauern; ist aber die Mehrheit fraglich, oder muß man gar erst versuchen, sie durch Verhandlungen zu stande zu bringen, so dauert die Session länger und die Militärvorlage geht wahrscheinlich an eine Kommission. Dann wäre auch Zeit vorhanden, um nebenher das Reichs-Seuchengesetz und noch einiges andere zu erledigen.

Eidgenossenschaft.

— * **Die internat. Postwertzeichen-Ausstellung** in der Züricher Börse wurde Sonntag vormittags vor den Eingeladenen, nachmittags für jedermann eröffnet. Der Zudrang zu derselben ist groß. Vorläufig geben wir nur ein paar statistische Notizen. Die Sammlung ist sehr hübsch arrangiert. Im ganzen haben 103 Aussteller Objekte geschickt, die bis zu Fr. 40,000 taxiert werden. Die Schweiz nimmt weitaus die hervorragendste Stelle ein. Von Luzern stellt Willy Hauser eine Spezialsammlung auf 114 Kartons aus, angelegt mit Berücksichtigung der postalischen Entwertungsarten. Kellerhals von Luzern zeigt einen Karton von 50 Stück Raritäten und eine prächtige Markenmosaik als Servierbrett mit verzinktem Rahmen.

— **Eidg. Musikfest.** (Korr.) Sonntags traf in Solothurn in Begleitung der vereinigten Komitees und mehrerer Musikgesellschaften die eidgenössische Musikfahne ein und wurde abends in der Festhütte durch Oberrichter Klaye von Bern mit einer patriotischen Ansprache übergeben. Der Redner wies auf die fortwährenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bern und Solothurn hin und auf die Bedeutung des eidg. Militär- und Volksmusikvereins. Namens der Stadt Solothurn nahm Nationalrat Vigier die Fahne in Empfang und versprach, sie in treuer Obhut zu halten, wie dies schon vor dreißig Jahren, bei der Gründung des Vereins, geschehen. Das Fest wurde durch ein prächtiges Konzert eingeleitet und nimmt einen glänzenden Verlauf.

— **Nachlese zum Arbeiterkrawall.** Die „Berner Ztg.“ schreibt: „Das Recht der Arbeiterorganisierung will niemand bestreiten, aber die Frucht derselben, den 19. Juni wohl. Gerade in der Italienerfrage und der Frage der Arbeitslosen haben wohlmeinende Bürger längst darauf aufmerksam gemacht, daß damit nicht geholfen sei, wenn man dem Proletarier bloß den Kopf groß macht, ihn zum Glauben verleitet, daß er eigentlich der Herr der Welt sei; man hat von der Arbeiterorganisation verlangt, daß sie nicht bloß die Rechte, sondern auch die Pflichten organisiere, daß sie Pflichtbewußtsein und Solidität heranzuziehen suche, damit brauchbare Menschen werden aus heute vielfach arbeitsscheuen und unzuverlässigen Individuen. Auf einem Bauplatz um Bern hat in diesen Tagen ein Bauherr seine ganze Arbeiterschaft entlassen müssen, weil dieselbe trotz bei zwei Zahltagen wiederholter Warnung nicht dazu zu bringen war, Ordnung zu halten, vielmehr das Bierfaß auf den Platz schleppte, bis die Leute im Dusel sich bald selber bei den Köpfen nahmen. So wurde „organisiert“ bis zum Putsch gegen die Italiener.“

Zur Streikfrage, ob eine Intervention stattgefunden habe, schreibt die „Nationalzeitung“:

„Uns scheint, es gehöre zur bewaffneten Intervention des Bundes eine dahin zielende Schlußnahme der kompetenten Behörde, die Aufstellung eines eidgenössischen Kommissärs, dem bestimmte Instruktionen gegeben werden und der als Repräsentant des Bundes gewisse Funktionen auszuüben hat und zu diesem Behufe mit der bewaffneten Macht des Bundes gestützt und gestärkt wird.“

Der „Bund“ tröstet sich damit, daß kein einziger Offizier oder Soldat die eidgenössische Feldbinde trug. Das Erste, was die eidgenössische Intervention kennzeichne, sei die eidgenössische Feldbinde der Truppen.

In der „Tagwacht“ schreibt Steck: „Auf unsere eigene Einsteckung sind wir nach diesen Vorgängen und nach dem bekannten Andringen der Einwohnervereinsherren ganz ruhig gefaßt. Es kann ja nicht schaden, wenn unsere Kinder beizeiten ihr «freies Vaterland», von dem sie in der Schule singen müssen, in seinem heutigen Zustande kennen lernen; sie werden dann um so bessere Sozialdemokraten. Gleichwohl ist es ein eigenes, offen gestanden sehr niederdrückendes Gefühl, sich seinen politischen Gegnern auf Gnade und Ungnade anheimgegeben zu wissen, da man auf Recht und Gesetz sich nicht mehr verlassen kann, seitdem dieselben in unserer Stadt von politischer Leidenschaft gehandhabt werden.“

Das ist nicht übel; wer hat denn am 19. d. Recht und Gesetz mit Füßen getreten?

Steck fordert die Sozialdemokraten zu zahlreichem Eintritt in die Bürgerwehr auf.

Die „Basl. Nachr.“ schreiben: „Ebenso arg war es, daß unsere tessinischen Arbeiter nicht besser behandelt wurden, als die Landesfremden; elf Tessiner befanden sich unter den Verwundeten. Vergebens versuchte einer, sich durch sein schweizerisches Militärbüchlein auszuweisen, das er gerade auf sich trug; er erhielt seine Hiebe wie die andern.“

Die Arbeiterblätter scheinen das ganz in Ordnung zu finden; sie finden nicht Worte genug, die Krawallisten in Schutz zu nehmen und alle diejenigen zu verunglimpfen, die dieser Art „Lösung der sozialen Frage“ keinen Geschmack abgewinnen können.

Luzern. Bei der Kirchenratswahl in Luzern wurden 937 gültige Stimmkarten eingelegt; absolutes Mehr 469. Stimmen erhielten:

Hr. Karl von Moos 540 Stimmen.
„ Nikl. Müller, Bäckermeister 390 Stimmen.

Ersterer ist somit gewählt.

— (Einges.) Die Luzerner Kirchenratswahl vom letzten Sonntag hat zu einem kleinen Scharmützel geführt, indem die Liberalen der katholischen Kirchgemeinde einen eigenen Kandidaten aufstellten, gegen den die Ultramontanen um so weniger etwas einwenden konnten, als sie selbst ihn seit Jahren in den Kirchenausschuß gewählt haben. Komisch wirkte nun der Schrecken, der den Leitern des Piusvereins in die Glieder fuhr; keuchend und mit Angstschweiß auf der Stirne rannten sie von Haus zu Haus. Am Sonntag Vormittag erschien noch ein Aufruf, der bei allen Kirchen verteilt wurde und in Bezug auf Inhalt und Form auf gleicher Stufe steht: Die Wähler wurden bei „Gewissenspflicht“ aufgefordert, „einem treuen Sohne der katholischen Kirche“ und „einem für die Pflegschaft Hergiswald einzig geeigneten“ Kandidaten (ei, ei wie bescheiden!) zu stimmen. Die fürchterliche Tatsache, daß die Liberalen sich herausnahmen, dem von ein paar Ultramontanen diktierten Vorschlage einen andern Kandidaten entgegenzustellen, hat die Afterdemokraten besonders empört, und im Gefühle, daß sie hier allein zu befehlen haben, ruft der Ausruf aus: „In mutwilliger Weise wird unserm Vorschlage eine Gegenkandidatur entgegengestellt.“ Wir machen die indifferenten Liberalen speziell auf diese republikanische Auffassung des Stimmrechts aufmerksam.

Nun, die entfaltete grüne Fahne des Propheten hat den Dienst diesmal noch getan; der ultramontane Kandidat hat mit zirka 70 Stimmen über das absolute Mehr gesiegt; es ist das ein Resultat, das bei Abgang jeder Agitation auf liberaler Seite nicht sehr ermutigend ist für unsere Gegner. Die Teilnahme der Liberalen sollte ja mehr ein Fingerzeig sein. Wird dieser beachtet im Hofe draußen, so ist uns auch gedient; wird er nicht beachtet, dann besorgen die Hetzkapläne unsere Geschäfte in der katholischen Kirchgemeinde besser, als wir es tun könnten. Dann werden wir uns in zwei Jahren wieder sehen, und es werden dann noch 1000 Liberale mehr erscheinen, die zwar alle keine Kulturkämpfer sind, die aber auf keinen Fall die Extremen die Oberhand gewinnen lassen wollen in der Stadt Luzern.

Daß bei den 3600 Stimmfähigen die Ultramontanen die Mehrheit hätten, wird niemanden einfallen zu behaupten, und zu geeigneter Zeit wird der, jeder „Partei gebührende Besitzstand“ im Kirchenrat schon hergestellt werden.

— Luzern. Die am Sonntag Vormittag versammelte Ortsbürgergemeinde Luzern genehmigte die vorgelegten Verwaltungs-Rechnungen für 1892. Ueber eine Reklamation betreffend Herbeiziehung der Familien-Stiftungsfonds an die Kosten der allgemeinen Verwaltung wurde seitens des Vorsitzenden, Hrn. Präsident